



Antifaschistische Bochumer Blätter

Nr. 1/2013

Information der VVN - Bund der AntifaschistInnen

Frühjahr 1933 in Bochum-Gerthe

Sechs Nazimorde in der Hegel-Schule

Anfang 1933 richtete die SA in der Hegel-Schule inmitten von Zechenhäusern ein Sturmlokal ein. Schon dieser perfide Willkürakt richtete sich gegen die örtliche Arbeiterbewegung, denn die Hegel-Schule war von ihr als weltliche Alternative zu den konfessionellen Schulen geschaffen worden.

Zusätzlich begannen die Männer vom SA-Sturm 14/17 Gerthe-Hiltrop von hier aus den Stadtteil zu terrorisieren. Ein Fememord an dem Gerther SA-Mann Paßmann am 4. Februar 1933 bot den willkommenen Vorwand zum offenen Terror gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden.

Fortsetzung Seite 3

**Am Freitag, den 1. März,
soll mit einer Aktion in
Gerthe an diese Ver-
brechen erinnert werden.**

Weitere Infos:
www.vvn-bda-bochum.de

Aktuell

Mahnwache vor der früheren Westfalenbank



Mit einer Mahnwache vor dem Kortum-Karree (früher Westfalenbank) hat die VVN - BdA an den 30. Januar 1933 erinnert, den Tag vor 80 Jahren, an dem Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde.

(Fortsetzung Seite 2)

Gegen Rassismus und
Nazigewalt:

Demo in Langendreer

Trotz Schnee und eisigen Temperaturen demonstrierte in Langendreer eine Gruppe von AntifaschistInnen am Holocaust-Gedenntag gegen den aktuellen Rassismus in Politik und Gesellschaft sowie gegen neonazistische Gewalt.

Fortsetzung S. 4.

V-Leute abschalten:

Für ein NPD-Verbot

Die gegenwärtige Diskussion um ein Verbot der NPD macht den offenen Streit innerhalb der Bundes- und den Landesregierungen um die Zurückziehung der V-Männer und -Frauen deutlich.

Bundesinnenminister Friedrich befürchtet, dass durch ein Verbotungsverfahren offensichtlich weitere Details der Verstrickung der Geheimdienste in der neonazistischen Szene öffentlich werden und will ein Verbotungsverfahren verhindern. Demgegenüber haben die Innenminister der Länder erklärt, dass ihre V-Leute zurückgezogen werden. Die Bundesländer haben ein Verbotungsverfahren beim Bundesverfassungsgericht beantragt. Die VVN - BdA fordert seit langem die Abschaltung der V-Leute und ein Verbot der NPD und aller neofaschistischen Gruppen.

Auch Hitler begann als V-Mann

Nach der Niederschlagung der Münchener Räterepublik 1919 wurde der Gefreite Hitler vom Nachrichtendienst der Reichswehr in die neu gegründete Nazi-Partei eingeschleust, deren Führer er alsbald wurde.

Antifaschismus

Damit Gestern nicht zum Heute wird: Errichtung der Nazidiktatur in Erinnerung rufen

Mahnwache zum 80. Jahrestag der Machtübergabe an die Faschisten

Mit einer Mahnwache gedachten am 30. Januar 2013 von 17.00 bis 18.00 Uhr Mitglieder der VVN - BdA zusammen mit anderen engagierten Menschen der Opfer des Faschismus in Bochum. Am 30. Januar 1933 ernannte der Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Vorgegangen war die Entscheidung des Großkapitals für die Machtübergabe an die NSDAP.

Es begannen zwölf Jahre der grau-samsten Diktatur in der Menschheitsgeschichte. Der 2. Weltkrieg mit 55 Millionen Toten, die Ermordung von sechs Millionen Juden und einer halben Million Sinti und Roma sowie 3,5 Millionen sowjetischer Kriegsgefangener folgten. Um diese Vorgänge in Erinnerung zu rufen, hatte die VVN-BdA zu einer Mahnwache eingeladen. Diese fand vor dem ehemaligen Verwaltungsgebäude der Westfalenbank, dem Sitz der NSDAP-Gauleitung Westfalen-Süd, statt, aus dem heraus der NS-Terror in Bochum, sowie im gesamten Gau, organisiert wurde.

Von hier aus plante die NSDAP ab 1933 u.a. die Unterdrückung jeglicher Opposition, die Verfolgung politischer Gegner, Juden, Sinti und Roma, die systematische Kriegsvorbereitung, die Zwangsarbeit, die Zerstörung der Synagoge und die Deportationen.

Siegfried Evers



Zahlreiche TeilnehmerInnen hielten während der Mahnwache ein historisches VVN-Plakat in den Händen, auf dem zu lesen war: „33 – Fordert das Verbot aller Nazigruppen!“ Auf zwei weiteren Plakaten standen die Namen vieler Opfer des Faschismus aus Bochum, eine Gedenktafel der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) von 1948

Antifaschismus

Karl Springer:

VVN - BdA stiftet Stolperstein

Die Bochumer VVN - BdA stiftet in diesem Jahr einen Stolperstein für den von der Gestapo 1936 bei einem Verhör erschlagenen Karl Springer. Springer war einer der führenden Vertreter der KPD in Bochum und Redakteur der kommunistischen Tageszeitung „Ruhr-Echo“.

Bereits Anfang Februar 1933 Opfer des Nazi-Terrors wurde er am 9. Oktober 1936 erneut verhaftet und ins Polizeigefängnis an der Umlandstr. gebracht. Dort starb Karl Springer in Folge der Verhöre mit schwersten Folterungen am 18. Oktober 1936. Nach umfangreichen Recherchen will die VVN - BdA den Lebensweg von Karl Springer nachzeichnen und dokumentieren.

Im Herbst soll dann der Stolperstein an der Markstraße gesetzt werden. Dort, wo Karl Springer und seine Familie gewohnt haben. Im November erfolgt die Präsentation zusammen mit den weiteren in diesem Jahr verlegten Stolpersteinen im Stadtarchiv.



Bei einem kürzlichen Treffen mit Nachfahren wurden viele Informationen und Fotos über das Leben von Karl und Emilie Springer ausgetauscht

Impressum

Herausgeber: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum. **V.i.S.d.P.:** Günter Gleising, 44866 Bochum. **Druck:** Cypoint Bochum. **Satz:** Anke.Pfromm@ruhecho.de. **Auflage:** 1.000. Konto Nr. 463 097 46, Sparkasse Bochum, BLZ: 430 500 01. **Internet:** www.vvn-bda-bochum.de. **eMail:** info@vvn-bda-bochum.de. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Geschichte

Fortsetzung von Seite 1:

Sechs Nazimorde im Frühjahr 1933 in Bochum Gerthe

Zahlreiche Gerther Bürgerinnen und Bürger wurden bei „Razzien“ festgenommen, in den Folterkeller der SA verschleppt und dort fächerlich verprügelt.

Unter ihnen befand sich auch der Kommunist Johann Sigl, Bergmann auf der Schachanlage „Lothringen“. Am 4. April 1933 wurde er von der SA entführt. Im Keller der Hegel-Schule warf man ihm eine Decke über den Kopf und schlug ihn mit Gummiknüppeln, Drahtseilen und Eisenstangen. Am 12. April 1933 starb er im Maria-Hilf-Krankenhaus an seinen erlittenen Verletzungen.

Ebenfalls in dem Krankenhaus starb am 5. Juli 1933 der jüdische Kaufmann Albert Ortheiler, nachdem er zuvor in der Hegelschule schwer misshandelt worden war. Insgesamt fanden sechs Menschen nach den Folterungen in der Hegelschule den Tod, mehrere Nazigegner wurden verletzt.

Im Volksmund hieß die Folterstätte nur noch „Gerther Blutkeller“. Die an den Folterungen beteiligten SA-Leute Breil und Lewandowski sowie ihr Anführer, der Grubensteiger und SA-Sturmführer Ludwig Gries, wurden 1948 lediglich zu geringen Gefängnisstrafen verurteilt.

Günter Gleising



Das Krankenhaus



Die Hegel-Schule wird heute als Jugendzentrum genutzt



Die Gedenktafel

Stadtrundgänge der VHS

Sonntag, 03. März, 14⁰⁰-16¹⁵ h:

Bochum in der NS-Zeit

Die Übergabe der politischen Macht an die faschistische Regierung und ihre Folgen, Massenaufmärsche und Propaganda, Gleichschaltung und Terror, Verfolgung und Vernichtung der politischen Gegner und der Bochumer Juden lassen sich am Schicksal einzelner Menschen und im Alltag einer Stadt an vielen Orten erfahrbar machen.

Beim Rundgang durch die Bochumer Innenstadt soll ein Einblick gegeben werden, was Alltag unterm „Hakenkreuz“ für die Menschen, die hier lebten, bedeutete.

VHS Kursnr.: 12008, 20 Tn., 5,- EUR, Wolfgang Dominik

Sonntag, 21. April, 14⁰⁰-16¹⁵ h:

Auf den Spuren Otilie Schoenewalds in Bochum

In Kooperation mit dem Otilie-Schoenewald-Weiterbildungskolleg

Viele Bochumer wissen nicht, dass eines der größten Weiterbildungskollegs Deutschlands in Bochum arbeitet. Noch weniger ist die Geschichte der Namensgeberin bekannt. Um dem Interesse, etwas mehr über Otilie Schoenewald und ihr Leben vor allem in der Weimarer Republik und im deutschen Faschismus zu erfahren, entgegenzukommen, bieten wir einen Stadtrundgang auf den Spuren dieser bemerkenswerten Frau in Bochum an.

Die Teilnehmenden werden manches über jüdisches Leben in Bochum vor, während und nach der faschistischen Herrschaft in Deutschland erfahren und auch einige Stolpersteine kennen lernen.

VHS Kursnr.: 12007, 20 Tn., 5,- EUR, Wolfgang Dominik

**Treffpunkt jeweils:
Rathaus Bochum,
an der Glocke**

Demo „Kein vergeben! Kein Vergessen!“ am 27. Januar:

Warum wir in Langendreer am Holocaust-Gedenktag demonstrieren

Am 27. Januar demonstrierten jüngere und ältere Menschen in Langendreer gegen den Rassismus und Faschismus. Anlass war der seit einigen Jahren stattfindende Holocaust-Gedenktag. Über die aktuellen Hintergründe für die Demo sprach Benny Krutschinna vom Solid-Jugendverband:

In meiner Rede möchte ich erwähnen, warum wir uns ausgerechnet hier in Langendreer getroffen haben. Zuerst werde ich auf zwei Vorfälle am S-Bahnhof Langendreer eingehen.

1. Vorfall:

Daniel Ewers, Dennis Hülshorst und sieben weitere Nazis griffen am 25. September 2011 fünf Personen an der S-Bahn-Haltestelle Bochum-Langendreer an. Sie passten nicht in ihr Weltbild, weil einer einen Anti-Nazi Button trug. Dabei warteten die Nazis bis zu ihrem Angriff bis kurz vor der Einfahrt der S-Bahn und stießen ein paar Minuten vor der Einfahrt der Bahn zwei Leute auf die Gleise. Eine Person wurde zusammengetreten, einer anderen wurde die Nase gebrochen und es gab einige Platzwunden.

2. Vorfall:

Am 4. Dezember überfiel eine Gruppe von Nazis eine Gruppe Jugendlicher mit Schlagwerkzeugen und verletzte einige erheblich. Das geschah um die Mittagszeit an der S-Bahn Haltestelle Bochum-Langendreer.

Am helllichten Tag. Keiner der zahlreichen Passanten hat den Angegriffenen geholfen oder die Polizei verständigt. Bei den Angreifern soll es sich um Nazis aus Essen handeln.

Nur die Spitze des Eisberges

Diese beiden Vorfälle sind nur die Spitze des Eisberges, denn hier in diesem Stadtteil wurden sehr häufig Menschen bedroht, angepöbelt, ihre Autos wurden angezündet und ein

Briefkasten einer bekannten Antifaschistin wurden gesprengt.

Es ist schwer vorzustellen, wie sich Menschen fühlen, die nicht in das Weltbild passen und daher jederzeit potenzielle Angriffsziele von örtlichen FaschistInnen sind. Dazu zählen Migranten, Linke, Homosexuelle, Punker, Obdachlose sowie Sinti und Roma.

dort lebenden Menschen einschüchtern können. Sie wollen eine feindliche Grundstimmung aufbauen, z.B. durch Kundgebungen gegen angebliche Überfremdung. Wie in Dorstfeld beobachtet werden kann, ziehen nach einer Zeit Menschen weg, die sich gegen Nazis engagiert haben, weil sie den alltäglichen Druck nicht mehr aushalten können oder wollen.



*Kundgebung in Langendreer:
Am Mikrophon Wolfgang Dominik von der VVN - BdA*

Aber wie konnte es so weit kommen? Gerade hier in Langendreer, dem Stadtteil, in dem es seit den 80er Jahren eine bunte und vielfältige alternative Szene gibt. In dem viele Menschen mit Migrationshintergrund wohnen. Genau in diesem Stadtteil bekommt die NPD die meisten Wählerstimmen in Bochum. Und werden Menschen von Nazis angegriffen.

Um diese Vorgänge zu verstehen, sollten wir uns mit dem Konzept der national befreiten Zone näher auseinandersetzen.

Nazis suchen sich gerade deshalb solche Stadtteile aus, damit sie die

Die Reaktionen

Wie reagierten die bürgerliche Presse, die etablierten Parteien und der Staatsschutz auf diese Vorkommnisse?

Erst wurde verschwiegen, dann verharmlost und erst nach Monaten wurde es überhaupt bestätigt, dass es Naziaktivitäten in Langendreer gibt. Die WAZ verharmlost einen bekannten Nazischläger Daniel Ewers zu einem „Eierwerfer“. Die SPD-Ost traf sich mit dem Staatsschutz, um über die Extremisten in Langendreer aufgeklärt zu werden. Dabei ging es natürlich auch um die linken Extremisten. Bezirksbürgermeister Busche redete davon, dass er Links- wie

Weitere Infos zum Thema:
vvn-bda-bochum.de

Aktuell

Rechtsextremismus nicht dulde. Mir ist in Langendreer nichts von Straftaten linker Extremisten bekannt.

Woran liegt das, dass sich der Verdacht aufdrängt, dass bewusst ver-harmlost und verschwiegen wird? Die staatlichen Institutionen haben kein großes Interesse an einer konsequenter Verfolgung der Faschisten. Eher im Gegenteil, die Aufdekkung der faschistischen Terrorzelle NSU hat gezeigt, dass faschistische Strukturen personell und finanziell aufgebaut wurden.

- Heribert Reich, der bis 2011 Innenminister von Baden Württemberg war, sagte es so: "Wenn ich alle meine verdeckten Ermittler aus den NPD-Gremien abziehen würde, dann würde die NPD in sich zusammenfallen". Nicht umsonst ist das letzte Verbotverfahren der NPD 2003 vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert.

Begründet wurde dies mit der fehlenden Staatsferne. Unter anderem war der Landesverband NRW der NPD von V-Männern gesteuert. Der Landesvorsitzende war z.B. als V-Mann enttarnt worden.

- Es wurde bekannt, dass 1994 Tino Brandt als V-Mann vom damaligen Präsidenten des Thüringer Verfassungsschutzes Roewer angeworben wurde. Daraufhin wurden alle 35 zu diesem Zeitpunkt gegen ihn anhängenden Strafverfahren eingestellt. Brandt erklärte selbst, dass er für seine Tätigkeit insgesamt 200.000 D-Mark erhalten habe, die er in den Ausbau seiner Nazi-Truppe „Thüringer Heimatschutz“ investierte.

Rassismus als Merkmal der Gesellschaft

Das zeigt: Faschisten werden vom Staat gebraucht. Sie werden gebraucht, weil Rassismus ein wesentliches Merkmal für die deutsche Gesellschaft ist. Vor allem in Zeiten ökonomischer Krisen und einer verschärften sozialen Lage wird versucht, die Menschen zu spalten und

gegeneinander aufzuhetzen, einen Keil in die Gesellschaft zu treiben. Grund für die wirtschaftliche Krise ist dann nicht mehr das kapitalistische System an sich, sondern die angeblichen Schmarotzer, die Deutschlands Sozialsysteme ausnutzen.

In der Ideologie der herrschenden Politik und in der Hetze der Medien, die seit 30 Jahren vom „Asylmissbrauch“ sprechen, finden die NPD und andere Faschisten einen guten Nährboden.

Wir von Linksjugend-Solid sind solidarisch mit Flüchtlingen als auch mit den Menschen, die sich gegen die jetzigen Zustände wehren und deswegen kriminalisiert und mit Repressionen überschüttet werden. Noch in der letzten Woche verhängte das Amtsgericht Dresden ein Skandalurteil. Mithilfe von Videoaufnahmen versuchte die Staatsanwaltschaft zu beweisen, dass Tim 2011 bei einer Demo gegen Europas größtem Naziaufmarsch andere Menschen per Megafon dazu angestiftet haben soll, Polizeiketten zu durchbrechen. Er wurde vom Gericht zu 22 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Und dies obwohl er nicht vorbestraft ist und ein kleines Kind zu versorgen hat.

Am selben Tag hatte das Landgericht Dresden die Verurteilung von fünf Rädelsführern der verbotenen Neonazigruppe »Sturm 34« wegen schwerer Körperverletzung, Sachbeschädigung und Bildung einer kriminellen Vereinigung zu relativ harmlosen Bewährungs- und Geldstrafen bestätigt.

Wir fordern die Abschaffung der Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Schluss mit rassistischer und nationalistischer Grenzziehung. Refugees are welcome!

Wir fordern ebenso, dass immer mehr Menschen sich gegen faschistische Aktivitäten wehren. Auf Polizei und Justiz ist kein Verlass!

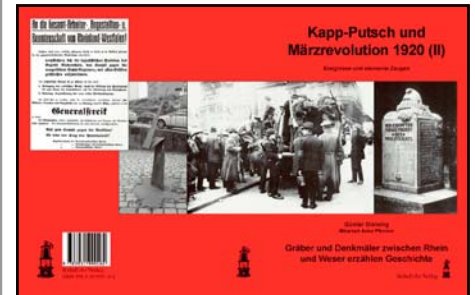
Gedenken

Denkmal in Werne:

Kranzniederlegung

Die traditionelle Kranzniederlegung und Kundgebung für die Opfer der Kapp-Putsches und des antifaschistischen Widerstandes findet in diesem Jahr am

Sonntag, den 24. März,
statt. Treffpunkt ist um 11.00 Uhr auf dem Marktplatz in Bochum-Werne.



Ereignisse und steinerne Zeugen
Gräber und Denkmäler zwischen Rhein und Weser erzählen Geschichte
Die Veröffentlichung ist jetzt für das dritte Quartal in 2013 geplant. Ca. 23 Euro

Literaturhinweise

Aus der Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums noch lieferbare Bücher der VVN - BdA

Heft 4: Die Verfolgung der Juden in Bochum und Wattenscheid

Die Jahre 1933 - 1945 in Berichten, Bildern und Dokumenten, EUR 8,00

Heft 6: Zwischen Verdrängung und Spurensuche

Die Verfolgung der Juden in der Erinnerung der Bochumer Bevölkerung, EUR 6,50

Heft 7: Verachtet, vertrieben verfolgt

Die Verfolgung der Sinti und Roma in Bochum und Wattenscheid, EUR 3,50

Heft 8: Ende und Anfang – Die Befreiung von Faschismus und Krieg

Eine Chronologie der Ereignisse, EUR 6,50

Heft 9: 60 Jahre Tätigkeit der VVN in Bochum und Wattenscheid

Teil 1: 1946 - 1972, EUR 7,50

Heft 10: Kapp-Putsch und Märzrevolution 1920 (I)

Bd. I: Ereignisse und Schauplätze in Bochum und Umgebung, EUR 8,50

Bochumer Stadtverordnete:**1933 gewählt, von den Nazis ermordet**

Das Frühjahr 1933 war die Übergangszeit zur Nazi-Diktatur. So kann man die Kommunalwahlen am 12. März 1933 schon nicht mehr als demokratisch bezeichnen. Viele Maßnahmen der Faschisten hatten das Ziel, die Bevölkerung einzuschüchtern. Die SA und SS waren zur Hilfspolizei geworden und terrorisierten vor allem die Bevölkerung in den Arbeiterstadtteilen.

Viele Hitler-Gegner waren in den Untergrund oder die Flucht getrieben, Arbeiterzeitungen verboten worden. Trotzdem wurden bei der Wahl sowohl 11 Sozialdemokraten und 8 Kommunisten als auch 16 Vertreter des Zentrums in den Stadtrat gewählt. Wenige Tage später wurden die Kommunisten von der konstituierenden Sitzung des Rates ausgeschlossen und ihre Mandate aberkannt. Die SPD-Stadtverordneten schlossen die Nazis am 5. April aus, als diese als einzige gegen die Ernennung von Hitler zum Ehrenbürger der Stadt stimmten. Später wurden auch zahlreiche Politiker des Zentrums aus den Ämtern gedrängt oder entfernt. Aus diesem Kreis der am 12. März 1933 gewählten Stadtverordneten wurde eine größere Anzahl Opfer von Verfolgungsmaßnahmen der Nazis.

Die Kurzbiographien der Stadtverordneten, die dabei den Tod fanden, wollen wir hier aufzeichnen:

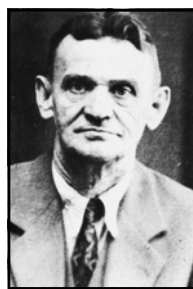
Heinrich König

Der 1886 in Weimar geborene Knappschaftsbeamte Heinrich König trat 1918 der SPD bei und wurde Ende 1919 stellvertretender Amtmann von Weimar.

Nach der Eingemeindung (1926) in die Bochumer Stadtverordnetenversammlung gewählt, wurde er kurze Zeit darauf von der Bochumer SPD zum Vorsitzenden gewählt, auch den Fraktionsvorsitz übertrug man ihm. In der Nacht vom 10. zum 11. März 1933 war Königs Haus in Weimar Ziel eines Überfalls von SA- und SS-Angehörigen. Es kam zu einem Schusswechsel, bei dem ein SS-Mann verletzt wurde. König wurde schließlich überwältigt und der Polizei übergeben. Als das Bochumer Gericht König Notwehr zubilligte und ihn frei ließ entzog er sich einem erneuten Zugriff der SA und flüchtete ins Saarland und wenig später nach Frankreich. Dort beteiligte sich Heinrich König am antifaschistischen Kampf. Im Februar 1943 spürte die Gestapo den Sozialdemokraten auf, verhaftete ihn und brachte ihn nach Bochum. Hier starb er am 7. Mai 1943 nach schweren Misshandlungen

gen durch die Gestapo im Gerichtsgefängnis.

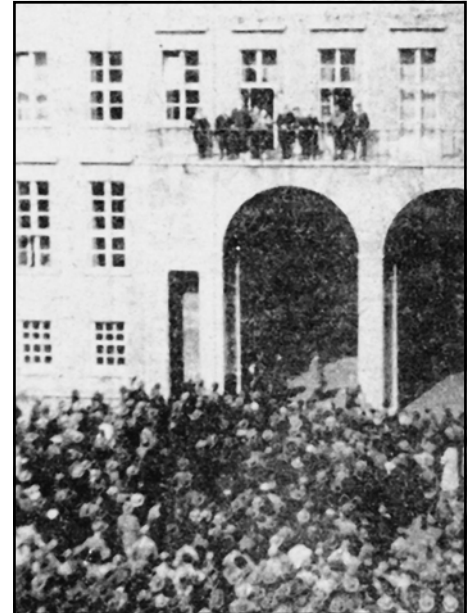
Im März 1946 wurde Heinrich König auf den Kommunalfriedhof Weimar umgebettet. Seit 1976 erinnert dort ein Gedenkstein an den sozialdemokratischen Kommunalpolitiker und Antifaschisten.

Karl Schröter

bis 1929 selbständigen Linden/Dahlhausen. Mit 2.419 Stimmen war die KPD bei der Kommunalwahl Anfang Mai 1924 hier die stärkste Partei geworden. Karl Schröter wurde deshalb in den Verwaltungsausschuss der Gemeinde berufen. Bei den Kommunalwahlen nach der Eingemeindung wählten ihn Bochums Arbeiterinnen und Arbeiter 1929 und 1933 in das Stadtparlament „Groß-Bochum“.

Am 5. März 1933 verhafteten die Nazis Karl Schröter und inhaftierten ihn bis zum 31. August 1933. Karl Schröter blieb überzeugter Antifa-

war von Beruf Bergmann und später als Gemeindegewerkschafter in Linden tätig. Er trat 1921 in die KPD ein und wurde wenig später Gemeindevorteiler in dem



„Vom Balkon des Rathauses herab wurde am Samstagmittag die Beurlaubung von Oberbürgermeister Dr. Ruer verkündet.“

Bild und Unterschrift: Bochumer Anzeiger vom 13. März 1933

schist, das Nazi-Regime war ihm verhasst. Am 25. September 1944 wurde er erneut von der Bochumer GESTAPO festgenommen und in Haft gesperrt. Als in den letzten Kriegstagen die Bochumer Haftanstalten aufgelöst wurden, brachten die Nazis Karl Schröter Ende März 1945 nach Dortmund-Hörde. Mit weiteren über 300 politischen Gegnern des Naziregimes wurde Schröter am Karfreitag, den 8. April 1945, im Dortmunder Rombergpark ermordet.

Johann Stangl

wohnte auf dem Werner Hellweg, war Bauarbeiter und in der kommunistischen Arbeiterbewegung in Werne aktiv, das bis zur Eingemeindung nach Bochum im Jahr 1929 eine selbstständige Gemeinde war. Zur Kommunalwahl am 12.3.1933 war Johann Stangl auf Platz 8 der Liste der KPD aufgestellt und in die Stadtverordneten-Versammlung gewählt worden. Als bekannter Kommunist floh er vor dem Naziterror ins Ausland und beteiligte sich 1936

Fortsetzung S. 7

Geschichte

am republikanischen Freiheitskampf gegen die Franco-Faschisten in Spanien. 1938 ging er in die CSR, wo er krank und wahrscheinlich von Verwundungen gezeichnet starb. Sein Name findet sich auf den Gedenksteinen für die Kämpfer gegen Reaktion und Faschismus in Bochum-Werne.

Oberbürgermeister Dr. Otto Ruer



1879 als Sohn jüdischer Eltern in Münster geboren, war er nach dem Jurastudium und der Promotion als Rechtsanwalt und Beamter un-

ter anderem in Berlin tätig. Im Oktober 1924 wählte die Mehrheit der Bochumer Stadtverordnetenversammlung den parteilosen, aber der DDP nahe stehenden, Dr. Otto Ruer zum Oberbürgermeister.

Am 11. März stürmten die Nazis das Bochumer Rathaus, „beurlaubten“ Dr. Ruer und jagten ihn aus dem Amt. Konstruierte Anschuldigungen (unkorrekte Amtsführung, persönliche Bereicherung) dienten zwei Tage später als Vorwand für seine Verhaftung und Einweisung ins Gefängnis des Bochumer Amtsgerichts.

Weil sich die gegen ihn erhobenen Vorwürfe als völlig haltlos erwiesen und ihm keinerlei Dienstvergehen nachgewiesen werden konnte, wurde er am 11. Mai aus der Haft entlassen. Die Schmach und Demütigungen konnte Dr. Ruer aber nicht verwinden. Am 29. Juli 1933 wählte er in Berlin den Freitod.

1959 wurde der neu geschaffene Platz in der Bochumer Innenstadt nach dem ehemaligen Oberbürgermeister benannt. Eine Gedenkplatte in der Platzmitte erinnert an Dr. Ruer und ein Stolperstein auf dem Rathausplatz.

Die Bochumer VVN wird in loser Folge an weitere Kommunalpolitiker erinnern, die von den Nazis ermordet wurden.

Günter Gleising

Aktuell

Professor Fülberth in Bochum:

80 Jahre „Machtübertragung“ an die Nazis – ein Lehrstück

war das Thema des Marburger Politologie-Professors Dr. Georg Fülberth am 31.1.2013. Die VVN - BdA Bochum hat diese Veranstaltung initiiert, ver.di Bochum-Herne war Miteinlader. Ca. 100 Menschen waren in die ver.di-Räume gekommen, um Fülberth zu hören.

Fülberth stellte die Ziele der herrschenden Eliten in Deutschland vor und nach dem 1. Weltkrieg dar. Expansion nach Osten und ein europäischer Wirtschaftsraum unter deutscher Vorherrschaft waren dem Finanz- und mit ihm verquickten Großkapital und Agrarkapital (Großgrundbesitzer) selbstverständliche Ziele.

Sie und die Militärs und fast alle Akademiker, die ja auch fast alle aus den herrschenden Klassen stammten, einte Antikommunismus, Antisozialismus, Rassismus (Am deutschen Wesen soll die Welt genesen), Antisemitismus, Chauvinismus, Sozialdarwinismus, Militarismus. Das Erreichen dieser Ziele scheiterte im 1. Weltkrieg, die Pläne wurden aber nicht aufgegeben.

Fülberth skizzierte den Aufstieg der NSDAP und die zunehmende Sympathie des deutschen Finanz-, Industrie- und Agrarkapitals für Hitler und seine Bewegung. Durch den monarchistischen, nie republikfreundlichen gesinnten Generalfeldmarschall von Hindenburg, der seit 1925 Reichspräsident war, wurde schließlich am 30. Januar 1933 die Regierungsgewalt an Hitler übertragen.

Die Weimarer Republik wurde nicht zwischen Rechten und Linken zerrieben, wie bis heute etliche HistorikerInnen nicht müde werden zu behaupten.

Es waren die mächtigen Interessen der herrschenden Eliten, die Hitler förderten und forderten, zu einem neuen Krieg trieben, den industriellen Völkermord durchführten und schließlich 65 Millionen Tote und Ermordete hinterließen.

Nach 1945 standen aber genau diese Eliten in der jungen Bundesrepublik mächtiger denn je da. Sie bauten



diese Republik mit Hilfe des aus dem Faschismus übernommenen Personals ökonomisch, militärisch und ideologisch wieder auf.

Bis heute wird so eine Politik getrieben, die auf Abbau der Rechte der Lohnabhängigen, Diskriminierung von Minderheiten und inzwischen auch militärische Expansion aufgebaut ist.

Eine spannende Diskussion über Alternativen zu dieser Politik schloss den Abend nach über drei Stunden ab.

Georg Fülberths Referat wird veröffentlicht im März-Heft der „Marxistischen Blätter“.

Wolfgang Dominik

Nein zu Krieg und Rüstungsexporten:

Ostermarsch 2013

In diesem Jahr findet der Ostermarsch vom 30. März bis 1. April statt.

Bei uns findet wieder am Ostersonntag in Wattenscheid eine Mittagsrast und am Nachmittag um 16.00 Uhr die traditionelle Veranstaltung im Bahnhof Langendreer statt.

Am Ostermontag findet um 11.00 Uhr in Werne die traditionelle Kundgebung statt, bevor der Abmarsch nach Dortmund erfolgt.

Ostermarsch Aufruf Rhein Ruhr 2013:

Von Deutschland muss Frieden ausgehen

Nein zu Krieg und Rüstungsexporten

Atomwaffenfrei jetzt

Von Deutschland geht Krieg aus – hier kann und muss er auch verhindert werden! Deutsche Soldaten und Soldatinnen kämpfen in Afghanistan, sie sind auf dem Balkan und in Afrika und mit den deutschen Patriot-Systemen an der Grenze zu Syrien. Deutsche Waffen dienen zum Töten in zahlreichen Konflikten auf allen Kontinenten. In Deutschland sind Kommandozentralen der NATO eingerichtet, die zum Führen von Kriegen in vielen Regionen der Welt genutzt werden können: Von Deutschland geht Krieg aus!

Rüstung und Militär lösen die Konflikte nicht, im Gegenteil: sie verhindern die Lösung der drängenden Probleme unserer Zeit. Gerechte Politik ist nur im Frieden und durch Abrüstung und eine zivile Umwandlung der Gesellschaft möglich. Dafür demonstrieren wir zu Ostern!

Frieden für Afghanistan!

Nach mehr als zehn Jahren NATO-Krieg dort ist nichts erreicht und vieles verschlimmert. Eine Entwicklung zum Frieden nicht absehbar. Schon jetzt zeigt sich, dass auch über 2014 hinaus deutsche und andere westliche Truppen in Afghanistan bleiben werden, dass der Krieg weitergeht. Ein Ende des Krieges kann nur auf dem Verhandlungswege erreicht werden. So lange fremde Truppen im Land bleiben, kann es dort keinen Frieden geben.

Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand, den Abzug aller ausländischen Truppen, Verhandlungen unter Beteiligung aller Konfliktparteien vor Ort und zivile Hilfen für den Wiederaufbau in Afghanistan.

Keine Eskalation des Syrien-Konflikts

Der Bürgerkrieg in Syrien fordert Tag für Tag neue Opfer. Waffenlieferungen und Söldnertruppen von außen heizen ihn immer wieder an. Alle Bemühungen der UNO, eine friedliche Lösung zu finden, scheitern vorrangig an der Bedingung des Westens, in Syrien einen Regimewechsel herbeizuführen. Durch die konfrontative Politik des NATO-Landes Türkei droht der Bürgerkrieg zu einer zwischenstaatlichen Auseinandersetzung zu eskalieren. Die Stationierung deutscher Patriot-Systeme in der Türkei trägt zu einer weiteren Eskalation bei.

Wir fordern die Einstellung aller Waffenlieferungen, einen sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen über eine Friedenslösung in Syrien, die eine Perspektive für alle Bevölkerungsgruppen bietet!

Friedliche Perspektiven für Nahost

Die Angriffe der Israelischen Armee auf den Gazastreifen im November 2012 sowie die Raketenangriffe von palästinensischer Seite und die israelische Siedlungspolitik haben die Situation im Nahen Osten weiter verschärft. Angriffsdrohungen gegen den Iran führen zu weiteren Eskalation. Die internationalen Sanktionen ge-

gen den Iran belasten die Bevölkerung. Die mit großen Hoffnungen verbundene Konferenz für eine Atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten wurde abgesagt, da Israel seine Teilnahme verweigert hatte. Die Lösung des Konflikts liegt in Verhandlungen mit dem Ziel, allen Beteiligten gegenseitige Sicherheitsgarantien zu geben.

Wir treten für eine Nahost-Konferenz nach dem Vorbild der ehemaligen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ein. Alle Waffenlieferungen in die Region müssen gestoppt werden.

Mali-Einsatz stoppen

Die Interessen Frankreichs und dessen Verbündeten in Mali liegen vorrangig im wirtschaftlichen Bereich, z.B. bei der Sicherung des Zugangs zu Uranvorkommen in der Region. Mit dem französischen Militäreinsatz wurde die Chance auf eine friedliche Lösung des Konflikts in Mali zunichte gemacht. Nun droht die Ausweitung des Konflikts zu einem lang andauernden Krieg mit zahllosen Opfern. Erneut wurde eine UN-Resolution zurechtgebogen, um eine Militärintervention westlicher Staaten zu rechtfertigen und das Völkerrecht beschädigt.

Wir fordern die Beendigung der westlichen Militärintervention und den Abzug der Bundeswehr aus Mali.

Legt den Leo an die Kette - Waffenexporte stoppen!

Deutschland ist weltweit der drittgrößte Waffenexporteur. Waffen aus deutschen Rüstungsschmieden werden auch in Krisenregionen geliefert. Mit den Exportentscheidungen des geheimen Bundessicherheitsrates setzt sich die Bundesregierung über ihre eigenen Rüstungsexportrichtlinien hinweg. Höhepunkt ist der geplante Export von mindestens 270 Leopard II Panzern und mehrerer hundert Boxer-Radpanzern an Saudi-Arabien. Der Golfstaat liegt nicht nur in der gefährlichsten Konfliktregion der Welt, Saudi-Arabien verletzt zudem elementare Menschenrechte. Kanzlerin Merkel verteidigt die Waffenexporte und spricht von der angeblich stabilisierenden Funktion der Lieferungen. Wir fordern, das Verbot von Rüstungsexporten im Grundgesetz zu verankern.

Wir fordern die Konversion der Rüstungsproduktion in eine ausschließlich zivile Produktion.

NATO-Zentralen schließen!

Die NATO ist das größte Militärbündnis der Welt, zwei Drittel der weltweiten Rüstungsausgaben in Höhe von 1.740 Mrd. \$ tätigen die NATO-Staaten. Seit mehr als 10 Jahren führt die NATO Krieg in Afghanistan und nun droht die Intervention in Syrien. Mit ihren militärischen Möglichkeiten setzen sich die NATO-Staaten

über das Völkerrecht hinweg und verfolgen ihre eigenen wirtschaftlichen und strategischen Interessen. Auch Deutschland ist in diese Bündnisstrukturen fest eingebunden, in NRW existieren wichtige NATO-Einrichtungen wie die Kommandozentrale in Kalkar/Uedem am Niederrhein. Von hier können umfangreich Luftkriegsoperationen des Militärbündnisses gesteuert werden.

Wir sagen Nein zur NATO.

Wir fordern die Schließung der Kommandozentrale in Kalkar/Uedem und anderer NATO-Einrichtungen in NRW und deren Umwandlung für zivile Zwecke!

Atomwaffen nicht modernisieren sondern abschaffen!

Unweit von NRW, einer der am dichtest besiedelten Regionen Europas, lagern US-Atomwaffen im niederländischen Volkel, im belgischen Kleine Brogel und in Büchel in Rheinland-Pfalz. Der Bundestag hat 2011 den Abzug dieser schrecklichen Waffen gefordert, dennoch gab nun die Bundesregierung ihre Zustimmung zur „Modernisierung“ der Bomben in Büchel. Experten befürchten, dass hierdurch die Anwendung der Waffen wahrscheinlicher wird. Im nordrhein-westfälischen Gronau betreibt die Urenco eine Urananreicherungsanlage, die neben zivilem Material auch in der Lage ist, bombenfähiges Material zu erzeugen. Zu all dem sagen wir nein. Wir fordern den Abzug und die Vernichtung der Atombomben als notwendigen Schritt hin zu einer atomwaffenfreien Welt.

Wir fordern die Stilllegung von Urenco als Teil einer konsequenten Umsetzung der Energiewende.

Nein zur Militarisierung im Inneren!

Im August 2012 hat das Bundesverfassungsgericht den Einsatz militärischer Mittel der Bundeswehr in Ausnahmefällen, wie z.B. Streiks und Demonstrationen „katastrophischen Ausmaßes“, für zulässig erklärt. Im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit erhält die Bundeswehr zunehmend Einfluss in den Zivilschutzeinrichtungen der Kommunen. Nach der Aussetzung der Wehrpflicht wirbt die Bundeswehr mit hohem finanziellen Aufwand um Freiwillige. An zahlreichen Orten ist sie präsent, um junge Leute zur Bundeswehr zu locken. Über Kooperationsvereinbarungen mit den Schulministerien, auch dem in NRW, sichert sich die Armee den Zugang zu den Schulen. An Universitäten in NRW wird für die Rüstung geforscht.

Wir wenden uns gegen den Einsatz der Armee im Inneren! Wir fordern die Kündigung der Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr und eine Zivilklausel an den Universitäten!